

# Der Gesellschafter

## Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen „Feiertunden“ und „Unsere Heimat“

**Bezugspreise:**  
Monatlich einschließlich Trägerlohn A 1.80  
Einzelnummer 10 S  
Erscheint an jedem Werktag  
Verbreitete Setzung im O.A.-Bezirk Nagold  
Schriftleitung, Druck u. Verlag von G. W. Sailer (Karl Sailer) Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

**Anzeigenpreise:**  
Die einspaltige Seite aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 15 S, Familien-Anzeigen 12 S, Reklame-Selle 45 S, Sammelanzeigen 50% Aufschlag  
Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telefonische Anträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Postcheckkonto Stuttgart 6118

Nr. 162

Gegründet 1827

Freitag, den 15. Juli 1927

Fernsprecher Nr. 29

101. Jahrgang

### Tagespiegel

Das Reichskabinett hat das Liquidationschädengesetz verabschiedet und dem Reichsrat zur weiteren Behandlung überwiesen. Die Gesamtsumme soll zugunsten aller Gruppen der Beteiligten nicht unbeträchtlich erhöht worden sein. In der gleichen Sitzung wurde das Steuervereinfachungsgesetz, insbesondere die Rahmengesetze für die Realsteuern und das Hauszinssteuergesetz, mit dem sich das Reichskabinett wiederholt beschäftigt hatte, endgültig erledigt.

Der Pressechef der bayerischen Regierung, Dr. Hans Eisele äußert sich zu den Angriffen Dr. Wirths gegen ihn. Den Vorwurf politischer Freibeuterei weist er als Beleidigung zurück. Ganz entschieden lehne er es ab, die Verantwortung für einen Artikel zu übernehmen, der nicht seine Unterschrift trage, sondern unter Verantwortung der Redaktion des südamerikanischen Blatts schon vor Monaten veröffentlicht sei.

Der Fortsetzungsausschuß der Stockholmer Weltkirchenkonferenz tritt vom 20.—23. Juli in Wiesbaden zusammen. Von deutscher Seite nehmen u. a. teil: der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses D. Dr. Kapler, der theologische Referent der Auslandsangelegenheiten Dr. Schreiber, Landesbischof D. Ihmels, Prälat D. Dr. Schoell, Dr. Stange, Reichsgerichtspräsident Dr. Simons, Prof. Dr. Dehmann und die Professoren D. Titius und Lic. Hinderer. Hauptgegenstand der Beratungen ist die Einrichtung des bereits in Bern beschlossenen Internationalen sozial-ethischen Forschungsinstituts sowie die Herausgabe einer entsprechenden Zeitschrift, die auf der Berner Tagung von Prof. Titius angeregt wurde.

### Rundgeburt der Kriegsgeschädigten

Die Arbeitsgemeinschaft der Interessensvertretungen für den Ersatz von Kriegs- und Verdrängungsschäden hielt unter dem Vorsitz von Geheimrat v. Tilly eine aus dem ganzen Reich beschickte Versammlung im Zirkus Busch in Berlin ab. Der mächtige Raum war bis auf den letzten Platz besetzt. Geheimrat Große vom Bund der Auslandsdeutschen sprach über den angeklagten Gesekentwurf des Reichsfinanzministeriums zur Entschädigung. Er wandte sich gegen die Verschleppung und die Geheimnisträmerie. Nach dem Entwurf sollen, wie Große mitteilen zu können glaubt, vom Reich folgende Entschädigungen angeboten werden: Entschädigungsforderungen bis zu 2000 M sollen voll, bis 20 000 M zur Hälfte, bis 100 000 M mit 30 v. H., bis 200 000 M mit 20 v. H., bis eine Million mit 12,5 v. H., über eine Million mit 11,5 v. H. vergütet werden. Er führte Klage darüber, daß die maßgebenden Stellen auf die Leitung des Rundfunkunternehmens Deutsche Welle einzumwirken versucht hätten, den Rundfunk den Vertretern der Geschädigten-Interessen zu sperren.

Heinrich Picht von der Arbeitsgemeinschaft hob die große Mäßigung hervor, welche die Vertreter der Geschädigten in ihren Forderungen bewiesen hätten. Gegenüber Schäden in Höhe von 10 1/2 Milliarden Mark hätten sie nur 2,8 Milliarden Mark Vergütung beantragt. An der vorerwähnten Schadenssumme sei die deutsche Außenwirtschaft zu 70 v. H. beteiligt. Es handle sich also beim Entschädigungswerk nicht um eine bloße Konsumfinanzierung. Der Entwurf des Reichsfinanzministeriums suche die Geschädigten mit insgesamt 800 bis 900 Millionen Mark abzuspülen. Das entspräche einer jährlichen Belastung des Reichshaushalts mit nur 55 Millionen Mark. Die Forderungen der Arbeitsgemeinschaft würden das Reich mit 168 Millionen Mark Jahresbeitrag belasten, was noch nicht 1 1/2 v. H. des jährlichen Steueraufkommens in Deutschland ausmache. Wenn die Leiter unserer Finanzpolitik der Überzeugung seien, den Entschädigungsbetrag aus laufenden Einnahmen nicht bereitstellen zu können, so sollten sie sich an den ausländischen Geldmarkt wenden, auf dem die deutsche Wirtschaft noch als durchaus kreditwürdig angesehen werde.

In einer einstimmig angenommenen Entscheidung wurde gegen die Verschleppung der Regelung der Liquidationsschäden (d. h. der durch feindliche Maßnahmen während des Kriegs und nach demselben den Auslandsdeutschen zugefügten Schäden wie Beschlagnahmen usw.) durch das Reich Einspruch erhoben. Die Geduld der Geschädigten sei zu Ende. Reichstagsabgeordneter Gouverneur a. D. Dr. Schnee versprach alles zu tun, um die Forderungen der Arbeitsgemeinschaft zu erfüllen. In einem Telegramm an den Reichspräsidenten von Hindenburg rief die Versammlung seine Fürsprache für eine beschleunigte Verabschiedung einer befriedigenden Gesetzesvorlage an.

Die in der Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Geschädigtenverbände berieten sich auf die wichtige Rolle, die sie beim Wiederaufbau der deutschen Außenwirtschaft zu spielen berufen seien und die sie noch viel wirksamer würden spielen können, wenn das Reich ihnen die von den Regierungen fremder Länder genommenen Mittel zurückerstatten würde. Entsprechend die Angaben, die Geheimrat Große über die Entschädigungssätze des Gesekentwurfes machte, den

## Preisabbau und Pirabefestigung in Italien

### Verbannung widerpenfziger Hausbesitzer

Die italienische Lira hat sich seit Mai teils infolge wirklicher Besserung der wirtschaftlichen Lage, besonders aber durch das rücksichtslose Eingreifen der Regierungsgewalt einen jähen Aufstieg zu verzeichnen. Damit hat aber auch die Ausfuhrmöglichkeit der italienischen Industrie und der Landwirtschaft einen harten Stoß bekommen, und auf deren Klagen hat die Regierung versprochen müssen, mindestens bis zum Spätherbst den Lirakurs nicht weiter zu verbessern, sondern ihn auf einem Stand von 90 Lira gleich ein engl. Pfund Sterling zu erhalten. Diese Maßregel soll gleichzeitig die Durchführung der Preise-Schlacht, die zurzeit in ganz Italien vom Brenner bis zur Südspitze Siziliens tobt, ermöglichen. Nach den Berichten der Presse ist es bisher nur in wenigen Orten gelungen, in die „Schützengräben der Leuerung“ einzudringen, an den weitaus meisten Stellen steht die Schlacht infolge des verzweifelten Widerstands der Kleinhändler und Industriellen. Man ist aber entschlossen, ihn mit allen Mitteln zu brechen: Gefängnisstrafen, Schließung der Verkaufsstellen für viele Monate, öffentliche Brandmarkung und schärfste Geldstrafen sollen gegen sie in Anwendung gebracht werden. Die Großhandelspreise sind zwar von August vorigen bis zum Juni d. J. überall zurückgegangen: die vegetabilischen Lebensmittel von 755 auf 563, die animalischen von 669 auf 526, die Textilwaren von 732 auf 434, die Chemikalien von 629 auf 462, die Baumaterialien von 684 auf 578, aber in den Kleinhandelspreisen ist trotz der behördlicherseits anbefohlenen Herabsetzung um 10 Prozent keine merkliche Verminderung zu verspüren. Man hat hier allzu viele Wege, um sich der befohlenen Preisreduzierung zu entziehen; bei den Gastwirten z. B. genügt die Verkleinerung der Portionen.

Besonders scharf geht man gegen die Hausbesitzer vor. Nach der Regierungsverordnung sollen die Hausbesitzer die Mieten um 10 bis 15 v. H. herabsetzen und die Mietenerhöhung auf keinen Fall mehr als viermal so hoch in Papierlire sein, als sie vor dem Krieg in Goldlire waren. Danach müßten also heute die Mieten praktisch billiger sein als vor dem Krieg. Der Regierungspräsident von Turin hat zunächst zehn Hausbesitzer in Geldstrafen von 300 bis 500 Lire genommen, weil sie der Verordnung nicht nachkamen. Als immer noch Widerstand geleistet wurde, wurden 3 weitere Hausbesitzer, von denen der eine mehr als tausend Mietwohnungen besitzt, in entfernte Seengebiete

verbannt. In allen großen Städten Italiens werden Zehntausende von Rechtsjahren der Mieter gegen Hausbesitzer nach dem Ermessen der Einzelrichter auf Grund jener unbilligen Verordnung aus dem Handgelenk erledigt und die faschistischen Regierungsblätter drohen den widerpenfsten Hausbesitzern die Verbannung an. — Nach den Hausbesitzern werden nun die Hoteliers und Gastwirte gefaßt; es wird ihnen vorgeworfen, daß sie mit ihren Preisen eine der großen nationalen Einnahmequellen, den Fremdenverkehr, verstopfen. Der Amtsbürgermeister von Mailand hat kurzerhand die Preise in allen Wittschaften und Gasthöfen um 20 v. H. herabgesetzt.

An der Regierungspolitik wird eine doppelte Kritik geübt. Einmal sei die Herabsetzung um 10 v. H., die übrigens in keiner Weise der Wiederaufwertung der Lira, die gegen August vorigen Jahres sich auf etwa 35 v. H. beläuft, Rechnung trägt, zu schematisch, da die Senkung der Großhandelspreise für die verschiedenen Gegenstände ganz verschieden sei. Ferner aber, und dies sei der Haupteinwurf, wird darauf hingewiesen, daß der Staat den Privaten in keiner Weise mit dem guten Beispiel vorangehe. Der Steuerdruck, der in Italien von allen Kulturstaaten am höchsten sei, sei auch nicht um 1 v. H. verringert worden. Die Tarife für Eisenbahnen und Straßenbahnen stünden noch so hoch, als ob man für das engl. Pfund 150 Lire zahle. Selbst das „Giornale d'Italia“ rät der Regierung, wenigstens in den Eisenbahntarifen eine Ermäßigung eintreten zu lassen, da der Ausfall wahrscheinlich durch die Steigerung des Verkehrs ausgeglichen würde. Der Staat hat Erleichterungen in Aussicht gestellt, aber es bleibt abzuwarten, ob die Opfer, die er bringen will, wirklich ausreichen. Er selber hat ja die Staatsschulden mit der Lira wieder aufgewertet, und er muß eine größere Schuld und eine größere höhere Verzinsung tragen. Er hat an und für sich unter diesen Umständen große Mühe, den Staatshaushalt im Gleichgewicht zu halten, wenn er nicht zu einer Herabsetzung des Schuldkapitals und des Zinsfußes schreiten will. Hört dieses Gleichgewicht aber auf, dann ist die Lira von neuem bedroht; die Preise-Schlacht ist zwar gewonnen, aber die Lira-Schlacht geht wieder verloren und man ist soweit, wie man anfangs war. Ohne das Zusammenwirken und ohne Opfer von beiden Parteien, des Publikums und des Staates, ist der Sieg in der Preise-Schlacht schwer zu gewinnen.

Lattachen, so wird man allerdings dafür eintreten müssen, daß die volle Entschädigung bis zu einer höheren Grenze als nur 2000 M gewährt wird. Auch ist zu fordern, daß die Bedürftigkeitsfrage bei Bemessung der Entschädigungssätze berücksichtigt wird. Es ist unnötig, junge Leute, die vielleicht einmal eine Existenz vor dem Krieg gehabt und verloren, die aber Zeit genug gehabt haben, sich neu einzurichten, auf Kosten der Gesamtheit mit großen Beträgen auszustatten. Es ist aber notwendig und gerecht, der zertrümmerten Existenzen wieder aufzurichten. Sehr ernst muß auch die Gefahr genommen werden, daß einer Reihe von Deutschen, die ihre Tätigkeit im Ausland wieder aufgenommen haben, durch eine unzureichende Entschädigung die Kreditgrundlage, die sie bisher auf Grund ihrer Ansprüche besaßen, zerstört würde. Alle solche Erwägungen dürfen jedoch den Blick nicht dafür trüben, daß das Erwünschte und Erstrebenswerte auf diesem Gebiet mit den finanziellen Möglichkeiten und mit den politischen Rücksichten, die das Reich in seiner gegenwärtigen Lage zu nehmen hat, in Einklang gebracht werden muß. Ein Gemeinwesen, das andern großen Gruppen seiner Gläubiger nur höchst bescheidene Abfindungen gebracht hat, muß es sich genau überlegen, bis zu welcher Grenze es selbst den berechtigten Forderungen der Geschädigten entgegenkommen darf. Aber darin wird man den Geschädigten rüchhaltlos zustimmen: Eine weitere Verschleppung dieser dringenden Frage wäre unvernünftig. Der Reichstag wird bei der Bearbeitung des kommenden Gesekentwurfes um genaueste Darlegung der Finanzlage ersuchen und danach entscheiden müssen, in welchem Umfang er über die im Gesekentwurf vorgelegenen Entschädigungssätze hinausgehen darf.

Zentrums durch, daß auch in diesen Ländern die Eltern das Recht haben sollen, die Errichtung von Bekenntnisschulen zu beantragen. (Nach Artikel 147 der Weimarer Verfassung sind die Simultanschulen, wo sie bereits gesetzlich bestehen, besonders im Schulaeß zu berücksichtigen.)

### Der Urlaub des Reichspräsidenten

Berlin, 14. Juli. Wie verlautet, wird Reichspräsident von Hindenburg seinen Sommerurlaub wieder auf dem Gut der ihm befreundeten Familie v. Schilcher in Dietramszell (südlich von München) verbringen, wo er voraussichtlich Mitte August eintreffen und bis in die erste Septemberwoche bleiben wird.

### Ein Aufruf der bayerischen Staatsregierung

München, 14. Juli. Die bayerische Staatsregierung hat anlässlich des bevorstehenden 80. Geburtstages des Reichspräsidenten einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt: Es wird den Deutschen im Inland und Ausland ein Herzensbedürfnis sein, der allverehrten Person des Reichspräsidenten, dem großen Führer des deutschen Volks in schwerster Zeit, dem obersten Vertreter des Deutschen Reichs, die weise dankbarer Verehrung zu geben. Mit Hindenburgs Ehrung ehrt das deutsche Volk sich selbst, wenn es in dankbarem Gedenken der gewaltigen Leistungen und Opfer derer sich erinnert, die unsere Heimat, Haus und Herd vor Kriegszerstörung bewahrt, und wenn es der Hinterbliebenen derer eingedenk ist, die getreu bis zum Tod dem Vaterland gegliedert. Schließlich werden alle Bayern aufgefordert, mitzuwirken zum Festtag des allverehrten Reichspräsidenten von Hindenburg ein Werk der Fürsorge zu schaffen. — Die Hindenburgspende ist bekanntlich für die Kriegsgeschädigten bestimmt.

### Eine Kopfsteuer in Bayern

Die bayerische Regierung hat nach einer Blättermeldung dem Landtag einen Gesekentwurf vorgelegt, durch den die Gemeinden ermächtigt werden, eine neue Steuer, eine sog. Verwaltungskostenabgabe einzuführen. Diese Steuer soll von allen wirtschaftlich selbständigen Personen über 21 Jahre erhoben werden, die für alle Steuerpflichtigen gleich hoch ist und einen jährlichen Höchstfuß von 6 Mark auf den Kopf nicht überschreitet. Von der Steuer befreit werden Kleinrentner, Kriegsbeschädigte, Dienstboten und andere. Die Steuer wird, vorausgesetzt, daß sie von allen bayerischen Gemeinden mit dem Höchstfuß eingeführt wird, in ganz Bayern etwa 12—13 Millionen Mark einbringen.

## Neuestes vom Tage

### Das Schulgesetz vom Reichskabinett angenommen

Berlin, 14. Juli. Das Reichskabinett hat nach mehrfacher Beratung dem Entwurf des Reichsschulgesetzes einstimmig zugestimmt. Bezüglich der Simultanschule (Gemeinschaftsschule für alle religiösen Bekenntnisse), die in Baden, Hessen und Nassau gesetzlich eingeführt ist, erklärten die (volksparteilichen) Minister Dr. Siegfemann und Dr. Curtius, daß sie ihren Standpunkt aufrechterhalten, obgleich ihre Anträge hiezu (Beibehaltung dieser Schulart in den genannten Ländern) abgelehnt wurden. Demgegenüber drang die Forderung des

# Die Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuer

Der Arbeitsausschuss des Reichswirtschaftsrats jagt in seinem Bericht über die Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuer:

1. Bis auf weiteres ist an der Pauschalsteuer festzuhalten solange, bis sich die Möglichkeit ergibt, die tatsächliche Begebenheit durch die besseren Steuermaßstäbe (Kilometer, Triebstoff, Meßinstrument) mit hinreichender Sicherheit und Einfachheit der Steuer zugrunde zu legen.
2. Bei Ausgestaltung der Pauschalsteuer hält der Ausschuss eine Neutralisierung des Steuermaßstabs für notwendig.
3. Er empfiehlt deshalb als Steuermaßstab für Personkraftwagen eine Verbindung von Hubvolumen und Gewicht, und zwar je zur Hälfte.
4. Bei Lastkraftwagen, Omnibussen und Zugmaschinen als Steuermaßstab das Gewicht beizubehalten.
5. Wagen, die bestimmt sind, sowohl als Personen- als auch als Lastkraftwagen zu dienen, sind nach dem höheren Tarif zu besteuern.
6. Krafträder sollen hinsichtlich des Steuermaßstabs und des Tarifs den Personkraftwagen gleichgestellt werden.
7. a) Der Tarif für Personkraftfahrzeuge soll in arithmetischer Progression gestaltet werden. b) Der Tarif für Lastwagen, Kraftomnibusse und Zugmaschinen wird aufbaut auf der Grundlage der Verwendung von Luftreifen.

Werden Kissenreifen verwendet, dann soll ein besonderer Zuschlag zur Steuer im Gesetz verankert werden.

8. Für die Zahlungsweise sind Erleichterungen in zweierlei Weise zu schaffen: a) dadurch, daß mehrere Zahlungstermine eingeführt werden, b) dadurch, daß die Möglichkeit geschaffen wird, das Fahrzeug unter erleichterten Bedingungen vorübergehend abzumelden.

9. Die Verteilung des Steueraufkommens erfolgt durch das Reich über die Länder an die Wegeunterhaltungspflichten nach dem Anteil am Ausbau eines deutschen Straßennetzes für Automobilverkehr unter Berücksichtigung der Verkehrsbedichte und unter Gütevorschriften für die Straßenart.

Grundsätzlich hält der Ausschuss es für notwendig, daß ein einheitlicher Tarif, unter Einschluß des jetzt geltenden 25prozentigen Zuschlags festgesetzt wird. Der Tarif soll also die Beiträge für außer gewöhnliche Begebenheit durch Fahrzeuge mit umfassen; darum soll die besondere Erhebung dieser Beiträge unzulässig sein. Ein Antrag, der die Einführung einer Zugtiersteuer als Begebenheit forderte, mit der Formulierung, daß die Landwirtschaft dabei geschont werden solle, indem man ihr eine Einheit und den gewerblichen Betrieben drei Einheiten berechnet, wird abgelehnt. Die beiden Hauptausschüsse stimmten dem Bericht des Arbeitsausschusses mit 34 gegen 5 Stimmen zu.

## Verlagung des französischen Parlaments

Paris, 14. Juli. Poincaré hat abermals einen glänzenden Sieg über das Parlament davongetragen. Die Kammer hat die Beamtenbesoldung schließlich doch nach der Regierungsvorlage mit 347 gegen 200 Stimmen angenommen. Die Sozialradikalen (Linksdemokraten), die mit der ganzen Linken eine Rückwirkung der Gehaltserhöhung verlangten, wagten bei dem rücksichtslosen Widerstand Poincarés, und da sie selbst einen Regierungswechsel fürchteten, nicht ihre Forderung aufrecht zu erhalten, und sie stimmten schließlich für die Regierungsvorlage. Die nun beschlossene Gehaltserhöhung läuft vom 1. Oktober d. J. an und erfordert für das laufende Jahr eine Mehrausgabe von 898,8 Millionen Papierfranken (148 Millionen Mark), für das nächste Jahr 2029,5 Millionen Franken (334,8 Mill. Mark).

Die Kammer erteilte darauf dem Handelsminister Bonanowski für die nächsten drei Monate die Ermächtigung, in den Verhandlungen über das vorläufige Handelsabkommen mit Deutschland beim Zolltarif Veränderungen vorzunehmen, soweit dies zum schnelleren Abschluß erforderlich erscheint. Ausgeschlossen von dieser Verringerung der Zollsätze sind jedoch die Nahrungsmittel und alle Bekleidungsgegenstände (ausgenommen Strumpfwaren). Die neuen Tarife sind dem Parlament ehestens vorzulegen. Werden sie vom Parlament nicht genehmigt, so werden sie 28 Tage nach dem ablehnenden Beschluß wieder unwirksam. Ausgeschlossen von der Verringerung der bereits von der Kammer angenommenen Zollsätze bleiben Weizen, Roggen und Holz. Darauf verlegten sich Kammer und Senat bis Ende Oktober.

## Pangalos geflüchtet

Athen, 14. Juli. Der frühere Diktator von Griechenland, General Pangalos, der von der jetzigen Regierung auf Kreta gefangen gehalten wurde, ist von Anhängern aus dem Gefängnis befreit worden und ist auf einem kleinen Schiff von der Insel geflüchtet. Die Regierung hat Torpedoboote zur Verfolgung ausgesandt.

## Württemberg

Stuttgart, 14. Juli. Vom Staatsministerium. Durch Entschließung des Staatsministeriums ist Oberlandesgerichtsrat Dr. Schmid zum Ministerialrat beim Staatsministerium ernannt worden.

Vom Verwaltungsgerichtshof. Das Staatsministerium hat den Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. v. Haller zum Direktor bei dem Verwaltungsgerichtshof befördert und den als Stellvertreter im Verwaltungsgerichtshof tätigen Oberreg-Rat bei der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperchaftsverwaltung Rupp zum Oberverwaltungsgerichtsrat bei dem Verwaltungsgerichtshof ernannt.

## Das Schwert von Thule.

Roman von Deontine von Winterfeld-Waten.  
Copyright by Greiner & Comp., Berlin W 30.  
(Nachdruck verboten.)

### 13. Fortsetzung.

„Es kommt alles so auf einmal über mich, Zeit. Das hat mich so gepackt. Das große Leid deiner Schwester, die krank vor Gram auf ihrem Bette liegt. Und dann die Nachricht, daß mein Ahne starb. So einsam starb da oben im hohen Norden.“

Und was sie so lange zurückgepflegt hatte mit trostiger Kraft, brach sich nun jäh und gewaltig Bahn. Sie schlug die Hände vor das Gesicht und fing bitterlich an zu weinen.

Zeit stand erschüttert und in großer Ratlosigkeit vor ihr. Alles in ihm schrie danach ihr zu helfen, ihr ein liebes, tröstendes Wort zu sagen. Aber sie weinte so heftig, daß sie nichts verstehen konnte von seinem leisen Stammeln. So kniete er nieder vor ihr und streichelte nur immer ihre Hände — unablässig.

Und dann, als ihr Weinen leiser, ruhiger wurde, versuchte er weich, ihr die Hände vom Antlitz zu ziehen.

„Sieh, Heilwig, du darfst nicht so weinen. — o, es schneidet mir ins Herz. Denn du bist das Schönste und Beste, das ich kenne. Froh möchte ich dich sehen, weiß Gott — allweil nur froh und lachend. Denn sieh, Heilwig, ich habe dich doch so unfähig lieb! Lieber als alles in der Welt. Du bist in meinen Träumen und Gedanken Tag und Nacht.“

Sie hatte jetzt die Hände vom Gesicht genommen und starrte ihn an aus weit offenen, tränennassen Augen. Er sah nicht die Angst und das Entsetzen in ihrem Gesicht. Er war wie trunken von ihrer süßen Nähe. Aber noch ehe er beide Arme um sie schlingen konnte, war sie aufgesprungen. Zurück war sie getaumelt und wäre fast gefallen, wenn sie sich nicht mit beiden Händen an der

schweren Rückenlehne des Sessels geklammert hielt. In ihrem weichen Gesicht war eine große Not und Qual.

„O, Zeit — was tust du? Was tust du? Muß ich nun auch meinen einzigen Freund hier verlieren im Hasselbachhaus? Muß ich mir alle zu Feinden machen? O Zeit, und ich habe dir so sehr vertraut! Gern gemocht habe ich dich wie einen Bruder. Aber nie mehr — nie mehr! Ach, womit habe ich das verdient um euch?“

Er hatte sich von den Knien erhoben und stand jetzt vor ihr. Wie Feuer brannten die roten Flecken auf seinen Wangen, und seine Hände zitterten. Er rang nach Worten.

Und dann fiel eine jähe Blässe über sein Gesicht, und er trat schrittweise zurück.

„Heilwig, bei Gott im Himmel! Du bist mir heilig, und ich habe dich nicht verletzen wollen. Wie ein Fieber ist es über mich gekommen. Vergib mir. Nun muß ich fort aus diesem Haus in die weite Welt, denn ich kann fürder nicht mehr leben mit dir unter einem Dach. Weil ich mich so vergaß. Und weil es geschehen konnte, Heilwig, daß ich mich noch einmal so vergaß, wenn du mir nahe bist. Denn ich liebe dich. Heilwig. Und so war ich nimmermehr Herr über mich selbst. Vergib mir.“

Er sah sie noch einmal an. Mit einem langen, verzehrenden Blick. Dann ging er aus der Stube. Draußen auf der Treppe hörte sie seinen Schritt verhallen.

Um das Hasselbachhaus am Marktplatz zu Roshof geht der Nordwind. Die engen Gassen kommt er heraufgepflegt, mit wildem Geheul und rüttelte an Türen und Fensterrahmen, an den verschörfelten Giebeln und ruhigen Schornsteinen.

Im Hasselbachhaus scheint alles zu schlafen. Nur oben in dem kleinen Schlafgemach der beiden Mädchen brennt noch Licht. Heilwig hat es entzündet, weil Elisabeth so trostlos schlief auf ihrem Lager. Nun sitzt sie im langen, weißen Nachtkleid mit den gelbsten, blonden Haaren am Bett der anderen und lauscht ängstlich auf die kurzen, unregelmäßigen Atemzüge. Hin und her wirft sich die Kranke und nasse Tücher hat ihr Heilwig auf die heiße, brennende Stirn gelegt. Unruhig flackert der Kienspan

nungen vermuten ließen, wurde die Feuerwehr alarmiert, die an einzelnen Stellen einareifen mußte. — In Zuffenhausen konnten bei dem Dienstaggewitter die Kanäle die Wassermassen nicht mehr fassen. Das Wasser drang in viele Keller und Erdgeschosse ein, und man hatte Mühe und Not, das Wasser herauszupumpen oder herauszutragen.

## Aus dem Lande

Hohenheim, 14. Juli. Fernbeben. Das Beben in Palästina ist hier nur als schwaches Fernbeben aufgezeichnet worden. Der erste Einfall im Seismogramm war um 14 Uhr 9 Min. 40 Sek. Die Herdentfernung berechnete sich auf 3300 Kilometer. Die größte wahrnehmbare Bodenbewegung für das hiesige Gebiet betrug 7 Mikron (1 Mikron gleich 1005 Millimeter).

Ehlingen, 14. Juli. Hohes Alter. Der Senior der evang. Lehrerschaft Württembergs, Schullehrer a. D. Schmid, vollendete am 12. Juli in verhältnismäßig guter körperlicher und geistiger Frische sein 93. Lebensjahr. Der in Oberndorf bei Welzheim Geborene erhielt seine Ausbildung im Lehrerseminar Ehlingen. 1858 wurde er Lehrer in Möglingen bei Ludwigsburg, wo er bis 1908 ein halbes Jahrhundert lang in voller Gesundheit seines Amtes wahrte. Er wohnt in Ober Ehlingen im neugebauten Hause seiner Töchter, die auch dem Lehrerstand angehören.

ep. Hall, 14. Juli. Die Diakonissenanstalt Schwäb. Hall feierte am Sonntag unter starker Teilnahme aus Stadt und Land ihr 41. Jahresfest. Reg.-Rat Loebl aus Stuttgart hielt in der Michaelskirche die Festpredigt. 12 Schwestern wurden dem Anstaltsleiter eingeleitet. Nach dem Jahresbericht, den Pfarrer Weisser vortrug, ist die Anstaltsgemeinde auf über 1100 Personen angewachsen. Die Haller Schwestern haben 45 000 Hilfsbedürftigen aller Art im vergangenen Jahr gedient. Im Krankenhaus des Mutterhauses wurden in 30 090 Pflagetagen mit 983 Nachtwachen 1204 Kranke gepflegt. Im Kinderkrankenhaus fanden meist strolchische Kinder zu vier bis sechs wöchigen Solbäduren Aufnahme. Das Frauenheim und Frauenasyl beherbergte 60 Insassen. Im Schwabmünchenheim haben 621 Pflagekinde ihre Heimat gefunden, darunter 80 Kinder. Obwohl 156 Pflagekinde neu aufgenommen wurden, konnten 50 Besuche nicht berücksichtigt werden. Den Kranken des Schwabmünchenheims wurde in 180 204 Pflagetagen mit 1128 Nachtwachen gedient. 189 Schwestern haben in 160 Gemeinden in allen Landesteilen 33 080 Kranke gepflegt, außerdem arbeiten 68 in 16 Krankenhäusern, 24 in verschiedenen Heimen. Infolge eines Zuwachses von 22 Schwestern zählt das Mutterhaus heute 425 Schwestern. Vom Evang. Volksbund wurden dem Diakonissenhaus 6 „Hausgeschwestern“ zur Ausbildung überwiesen. — Eine größere Anzahl von Erweiterungsbauten mußte durchgeführt werden. Eine Aufnahme von Schulden war unumgänglich trotz der tatkräftigen Hilfe vieler Freunde, auf die die Anstalt auch weiterhin in weitgehendem Maß angewiesen ist.

Biberach, 14. Juli. Die Notlage der Milchwirtschaft. Der Württ. Milchwirtschaftliche Verein hielt gestern hier eine sehr gut besuchte öffentliche Versammlung ab, in der Milkereinspektor Lipp-Wangen über die Not der deutschen Milchwirtschaft sprach. In einer Entschließung wurden von den Vertretern der Milchwirtschaftlichen Gruppen Württembergs, Bayerns, Milcharbeiter und Händler die maßgebenden Stellen des Reichs und des Lands um rascheste Maßnahmen zur Rettung der Allgäuer Milchwirtschaft ersucht, die vor dem Zusammenbruch steht. Es werden gefordert: Erhöhter Zollsatz für Milch und Milchprodukte, erhöhter Zollsatz für Viehzucht und Viehmast, insbesondere Beschränkung der Gefrierfleisch-einfuhr und Verbot der Weiterverarbeitung von Gefrierfleisch und ausländischer Käse. Werbung aus öffentlichen Mitteln für vermehrten Verbrauch von Milch und deutschen Milchprodukten, öffentliche Unterstützung der Qualitätsförderung der Milchprodukte, insbesondere bei Butter, staatliche Veruche über bessere Massenmilchverwertung, Eilgutförderung von Weichkäse zum Frachtsatz (ohne Eilgutzuschlag), verbilligte, langfristige Kredite zur neuentwickelten Gestaltung unseres Milkereiwesens, ausreichende Betriebskredite für genossenschaftliche und private Milchverarbeitungsbetriebe zu möglichst billigen Zinssätzen, steuerliche Berücksichtigung der reinen Milchwirtschaftsbetriebe, insbesondere rascher Abbau der Rentenbankschuld.

im Eisenring und wirft ein zuckendes, gelbrotes Licht durch die kleine Stube. Heilwig hat beide Hände um die Knie geschlagen und starrt in die trüsternde Flamme. Auf den Nordwind lauscht sie, der um den Giebel streicht.

Von der See kommt er ja her — von der großen, gewaltigen! Ob er ihr Grüße bringen will von da? Oder von dem toten Ahnen, der den Nordwind so sehr geliebt? Regungslos sitzt Heilwig. Es ist etwas Starres in ihrem Gesicht. Sie weiß, daß nun etwas anders werden wird in ihrem Leben. Ganz, ganz anders! Denn sie kann nicht mehr im Hasselbachhaus bleiben, seit Zeit ihr seine Liebe gestanden. Denn er darf nicht fort in die weite Welt um ihre Willen. Was würden die alten Hasselbachs dazu sagen? Und sie selber würde sich immer Vorwürfe machen. Ach, aber wo sollte sie hin? Wo nur? Sie stützte den Kopf in die Hände und sann und sann.

Wie das flackernde Licht des Kienspans auf ihrem blonden Haar lag, daß es glänzte wie mattes Gold! Das war in dem Dunkel der Kammer wie ein immerwährendes, stetes Leuchten.

Und Heilwig grübelte. Es war so viel über sie gekommen all diese letzten Tage. Ach, was war es nur alles gewesen?

Erst das mit dem Fräulein Lämmerzahl. Und dann der Gram und die Krankheit von Elisabeth! Und der Tod des armen Zeit. Daunter litt sie sehr, denn sie hatte ihn gern. Aber an so etwas hatte sie nie gedacht. Ja, ja — fort mußte sie nun — ganz fort — das war klar.

Sie schrak hoch.

Elisabeth hatte sich jäh aufgerichtet im Bett und sah sich mit großen, glänzenden Augen ringsum.

„Was tust du hier, Heilwig? Warum schläfst du nicht?“ Die andere war aufgefunden und beugte sich über sie.

„Du stöhnstest so im Traum, Elisabeth, und warst so unruhig. Da wollte ich ein wenig wachen bei dir.“

Elisabeth hob mühsam die Hand und streichelte ihr die Wange.

„Du bist so gut zu mir, Heilwig, so gut. Wie soll ich dir das danken?“

(Fortsetzung folgt.)